Mit aller Macht

Das baden-württembergische Kultusministerium favorisiert Microsoft 365 für seine Bildungsplattform

Rund 1,1 Millionen Schüler in Baden-Württemberg und ihre Lehrer sollen eine neue Bildungsplattform bekommen. Derzeit stellt das Land den Schulen Moodle und BigBlueButton zur Verfügung. Künftig soll nach dem Willen der Kultusministerin offenbar zusätzlich auch Microsoft 365 an den Schulen eingesetzt werden.

Von Dorothee Wiegand

Das Land Baden-Württemberg arbeitet derzeit an seiner digitalen Bildungsplattform. Phase 1 („Bereitstellung von Basiskomponenten“) umfasst laut Plan das „Identitätsmanagement für die Basiskomponenten“, ein Lernmanagementsystem als Alternative zu Moodle, dienstliche E-Mail für Lehrkräfte, einen sicheren Instant Messenger sowie einen „persönlichen Arbeitsplatz mit Werkzeugen zur Bürokommunikation und Kollaboration“. Von Herbst 2020 bis Herbst 2021 soll Phase 2 („Zusammenführung und SingleSignOn“) folgen und von Herbst 2021 bis Frühjahr 2023 schließlich Phase 3 („Weiterer Ausbau und Optimierung“).

Auch wenn das Projekt noch am Anfang steht – die Weichen für das Gesamtsystem werden jetzt gestellt. Und die Richtung, die sich dabei abzeichnet, gefällt vielen Beteiligten nicht. Es mehren sich nämlich die Anzeichen, dass Kultusministerin Susanne Eisenmann (CDU) und ihr Planungsstab Komponenten von Microsoft 365 in die Schulsoftware integrieren möchten. Auch wenn die Nutzerdaten in deutschen Rechenzentren lägen, wäre ein Zugriff von Microsoft darauf möglich, monieren Kritiker.

In einer Stellungnahme des Ministeriums heißt es dazu: „Es ist richtig, dass wir im Zuge der Entwicklung der digitalen Bildungsplattform verschiedene Anbieter und Produkte auf dem Markt prüfen und in Erwägung ziehen. Dazu zählt auch eine mögliche, datenschutzkonforme Nutzung von Microsoft-Office-365-Werkzeugen für einzelne Bausteine“ (siehe ct.de/yzj5). Ganz so ergebnisoffen scheint das Ministerium die Auswahl einer geeigneten Software jedoch nicht anzugehen. So enthielt die Ausschreibung ursprünglich den Satz: „Die Grundverwaltung von Identitäten und Gruppen erfolgt über ein (Microsoft) Azure Active Directory pro Schule.“

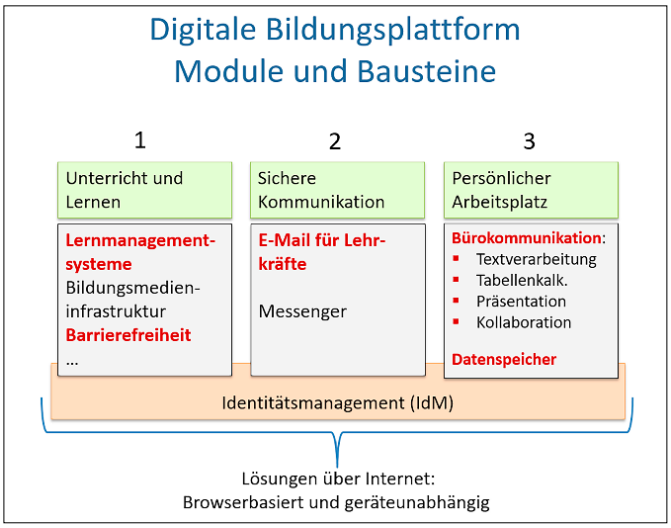
Softwarehäuser mit einer eigenen Schulsoftware und eigenem Identitätsmanagement wären damit schon im Vorfeld raus gewesen – mittelständische deutsche IT-Anbieter wie IServ zum Beispiel oder das an einer preisgekrönten baden-württembergischen Schule entwickelte Schulsystem DiLer. Nachdem die Open Source Business Alliance die Bildungsministerin im Dezember 2019 öffentlich aufgefordert hatte, diese Ausschreibung zurückzunehmen, wurde der Satz ersetzt durch die Formulierung: „Die Grundverwaltung von Identitäten und Gruppen erfolgt über einen Identitätsverwaltungsdienst. Das kann bspw. ein Azure Active Directory oder ein vergleichbarer Dienst sein.“

Blamable Vorgeschichte

Ein Grund für das Bestreben, Microsoft-Programme für die neue Plattform zu verwenden ist sicherlich die Vorgeschichte: 2018 war das Land mit einer Eigenentwicklung namens „ella“ krachend gescheitert. Insgesamt kostete das ella-Desaster laut Gutachten des Landesrechnungshofs 8,7 Millionen Euro. Vor diesem Hintergrund steht Eisenmann, die in ihrem Land für den Posten der Ministerpräsidentin kandidieren will, unter besonderem Erfolgsdruck.

Insbesondere dann, wenn eine geplante Datenverarbeitung voraussichtlich ein hohes Risiko für die Rechte und Freiheiten natürlicher Personen zur Folge hat, sieht Artikel 35 der DSGVO das Instrument der Datenschutz-Folgenabschätzung (DSFA) vor. Mit der Folgenabschätzung für den Fall, dass die neue Bildungsplattform Microsoft-Komponenten enthält, hatte das Ministerium die Unternehmensberatung Pricewaterhouse Coopers (PwC) beauftragt.

Öffentlich zugänglich ist das Dokument nicht. Das Ministerium verweist dazu auf Anfrage darauf, dass die Entwicklung der Plattform ein laufender Prozess sei: „Die DSFA wird vom Kultusministerium deshalb insbesondere im Austausch mit dem Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit weiterentwickelt. Der Prozess der



Die geplante Bildungsplattform soll drei Bereiche umfassen. Als Messenger für die Lehrkräfte ist bereits Threema Work Education im Einsatz.

Bild: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg

© Copyright by Heise Medien.
Persönliches PDF für alle Leser der c't aus 30625 Hannover

DSFA ist derzeit noch nicht abgeschlossen.“

Der Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit (LfDI) Baden-Württemberg, Dr. Stefan Brink, bestätigt im Gespräch mit c’t, dass seine Behörde schon frühzeitig beratend in den Prozess eingebunden war. Das sei ungewöhnlich, so Brink: „Im Prinzip sind wir als Datenschützer viel später dran, wir sind oft mit den Scherben konfrontiert.“ Dass es bei der Schulplattform um eine sehr große Zahl von Nutzern gehe, darunter viele minderjährige Schüler, sei der Grund für die frühe Beteiligung des LfDI. „Wir gehen da neutral ran und schauen, was jetzt aktuell machbar ist“, so Brink. Er halte das Verfahren nicht für aussichtslos. Zwar müssten sowohl PwC als auch das Kultusministerium noch auf Änderungswünsche eingehen; dort nehme er jedoch eine hohe Bereitschaft wahr, zu kooperieren. Das gelte nach seiner Erfahrung auch für Microsoft.

Transparenz gefordert

„Wir sind nicht gegen Microsoft, sondern für Transparenz“, sagt Inga Klas vom „Medienkompetenz Team Karlsruhe“. Ihr Sohn besucht inzwischen eine weiterführende Schule. Der Unterricht während der Schulschließung verlief oft holperig. Ehrenamtlich unterstützt Klas nach wie vor die ehemalige Grundschule ihres Kindes, wo sie beispielsweise auch 2018 die Einführung der DSGVO begleitete. „Die Schulen werden alleingelassen“, so ihr Resümee nach etlichen Jahren Elternarbeit.

„Es geht um die rechtskonforme Umsetzung der DSGVO“, so Klas. Viele Schulen benötigten nach ihrer Beobachtung externe Beratung für diesen Prozess. Idealerweise sollten Lehrkräfte und Schulbedienstete zeitliche Freiräume für die Umsetzung erhalten und die Schülerinnen und Schüler in diesen Prozess einbezogen werden.

Aus Sicht von Klas gäbe es ausreichend funktionierende Open-Source-Alternativen zu Microsoft-365-Komponenten in der neuen Bildungsplattform. Zum anderen sieht sie neben Datenschutzbedenken auch die Gefahr einer Abhängigkeit der Schulen von dem amerikanischen Hersteller. Über fragdenstaat.de hat sie eine Anfrage auf Einsicht in die DSFA gestellt; der Antrag wurde abgelehnt. Dass Eltern in der wichtigen Entscheidung über die Schulsoftware nicht mitreden dürfen, ärgert die UX-Designerin: „Baden-Württemberg legt besonderen Wert auf Bürgerbeteiligung, aber in dieser Frage gibt es keine Transparenz. Ich möchte mitreden dürfen – nicht nur bei irgendwelchen Bauvorhaben, sondern auch, wenn es um unsere Kinder geht.“

Bild: Medienkompetenz Team Karlsruhe

Mit der Website „Meine Daten, meine Rechte“ will das Medienkompetenz Team Karlsruhe Schüler, Eltern und Lehrer über den Datenschutz an Schulen aufklären.

Stefan Leibfarth vom Chaos Computer Club Stuttgart wünscht sich ebenfalls mehr Einblick in die Entscheidungsprozesse des Ministeriums. Dass sich ein System mit Microsoft-365-Komponenten nach Verhandlungen mit dem Anbieter DSGVO-konform in den Schulen nutzen lässt, kann er sich nur schwer vorstellen. „Ich hätte mir einfach gewünscht, dass eine Lösung gewählt worden wäre, bei der man gar nicht erst verhandeln muss. Mit einer freien Software, die man unter Kontrolle hat und die man noch weiterentwickeln kann, wäre das nicht nötig.“ Eine politische Vorgabe für die Verwendung freier Software hätte das ganze Bildungsprojekt in andere Bahnen gelenkt, so Leibfarth.

Aktuell befürchtet er eine „fatale Fehlentscheidung“. So steht es in einem offenen Brief von Leibfarth an die Bildungsministerin. Der CCC Stuttgart befürchte „den Kontrollverlust über die Daten der SchülerInnen und LehrerInnen in Baden-Württemberg“, heißt es darin und weiter: „Statt eigenständig und selbstbestimmt zu agieren, begäben wir uns als Land noch weiter in Abhängigkeit eines US-Großkonzerns.“

Rechtssicherheit für Lehrkräfte

Auch David Warneck von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) sieht klare Vorteile von Open-Source-Software für den Schuleinsatz. Das Wichtigste ist aus seiner Sicht jedoch die Rechtssicherheit: „Als GEW vertreten wir die Interessen der Lehrkräfte. Uns ist wichtig, dass alle Lehrkräfte eine rechtssichere und datenschutzkonforme Lösung für ihre Kommunikation bekommen.“ Die GEW würde zwar eine Open-Source-Lösung begrüßen, sieht aber auch offene Fragen: „Ich bin der Ansicht, dass die derzeit vom Land angebotene Software, also Moodle und BigBlueButton, auch in Zukunft eine saubere, DSGVO-konforme Lösung wäre. Auf der anderen Seite muss man auch fragen: ‚Wer kann die Infrastruktur ausbauen, wer leistet den Support?‘“

Zu Beginn der Corona-bedingten Schulschließungen sei es bei Moodle aufgrund der hohen Auslastung zu Ausfällen gekommen, zum Teil waren Moodle-Server und der Support vorübergehend nicht erreichbar. Von der Verwendung von Microsoft-Programmen für die neue Bildungsplattform erhoffe sich die Bildungsministerin vermutlich Ausfallsicherheit, so Warneck.

Ein zweiter Grund für die deutliche Orientierung Richtung Microsoft 365 könnte in der Corona-bedingten Praxis der vergangenen Monate liegen. Ein Teil der Lehrkräfte im Land, so Warneck, sei nach der Schulschließung im März notgedrungen ins kalte Wasser gesprungen. „Es gab diesen Moment, als das Ministerium sagte: ‚Nehmt Teams‘, damit der Unterricht auf Distanz überhaupt stattfinden konnte. Damit befanden sich die Schulen in einer rechtlichen Grauzone. Aber jetzt haben diese Lehrkräfte sich darauf eingestellt und erste Erfahrungen mit Teams gesammelt.“

Warneck hält es aktuell für wahrscheinlich, dass in Baden-Württemberg eine Bildungsplattform mit Microsoft 365 kommt. „Ich gehe davon aus, dass die Microsoft-Programme dabei nur eingeschränkt genutzt werden können“, so Warneck. Rechnet er für diesen Fall mit viel Widerspruch der Eltern? „Nein, aber da zählt der Einzelfall. Wenn die Einverständniserklärung der Eltern für einen einzelnen Schüler der Klasse nicht vorliegt, dann muss eine andere Lösung her.“ *(dwi@ct.de)* c't

Stellungnahmen, Dokumentationen:
ct.de/yzj5

© Copyright by Heise Medien.
Persönliches PDF für alle Leser der c't aus 30625 Hannover